

Zu DS 2009/056-00, Entlastung für das Haushaltsjahr 2007

(Anrede)

Der zu Grunde liegende Bericht des Rechnungsprüfungsamtes gibt Einblick in die Arbeitsweise der Verwaltung im ersten vollen Regierungsjahr von Rot-Grün. Zwar folgt die CDU Fraktion dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes, Entlastung zu erteilen. Sie folgt aber auch den Kritikpunkten des Prüfungsamtes.

Insoweit ist hervorzuheben

- Wie schon im Rahmen der Controllingdiskussion deutlich wurde, ist es eine noch unerfüllte Aufgabe, dass Mittelanmeldungen mit detaillierten Planungen für das jeweilige Vorhaben unterlegt werden (S. 25)
- ein besonderes Manko ist insoweit, dass die Verwaltung in vielen Fällen Folgekostenberechnungen aus dem Weg gegangen ist (S. 59)
- wie schon in Fachausschüssen angesprochen, fällt auf, dass die Vergabe von Planungsaufträgen an Externe ein hohes Volumen, gemessen an der Personalausstattung der Stadt, aufweist. Insoweit stellt das Rechnungsprüfungsamt einen Betrag von rund 1,1 Mio. € fest (S. 71)
- auch kritisiert das Amt, dass bei gewerkeübergreifenden Baumaßnahmen die Fachbereiche allzu oft nicht harmonisch zusammenwirken und Nachträge beim Bauauftrag notwendig werden. Auch hier wird finanzielles Potenzial durch bessere Organisation gesehen (S. 73)
- besonders wenig leuchtet der Aufwand für externe Leistungen im Bezug auf die Beratung im EDV-Bereich ein. Hier sind rund 23.000 € angefallen, ohne dass hier aber, jedenfalls laut Prüfungsbericht, eine spürbare Verbesserung erreicht werden konnte (S. 52)
- wir erinnern uns noch an die Diskussion um den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Im Rahmen dieser Diskussion wurde argumentiert, mit Zielvereinbarungen würden Personalkosten eingespart. Im Gegenzug soll Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet sein. Wenn man den Bericht des Prüfungsamtes richtig versteht, bewegt sich im Bereich der Zielvereinbarungen wenig bis nichts, ohne dass dafür ein Grund erkennbar wäre (S. 48). Soll hier eine Aufgabe einfach ausgesessen werden?
- dabei geht es uns nicht um schlichte Personalkürzung. Vielmehr gibt es Bereiche, in denen der einzelne Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin aufgrund der Vielzahl der Fälle möglicherweise überfordert ist. Hierauf deuten zumindest Defizite im Bereich Gewährung der Grundsicherung und von Wohngeld hin. Hier stellt das Rechnungsprüfungsamt Schäden in Höhe von 143.000 € (Grundsicherung) beziehungsweise 23.000 € (Wohngeld) fest, die etwa durch fehlende Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragstellerseite entstanden sind (S. 64 ff.). Da Langenhagen, gemessen an seiner Größe, über einen sehr komfortablen Personalbestand verfügt, sollte es möglich sein, durch interne Umbesetzungen Entlastung für die Sachbearbeiter zu schaffen
- das Forderungsmanagement der Verwaltung scheint unzureichend zu sein. Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, dass in Höhe von 85.000 € Forderungen der Vollstreckungsverjährung unterfallen (S. 41). Hierauf haben aber schon die Grünen öffentlich hingewiesen.

Unter dem Strich vermittelt der Prüfungsbericht den Eindruck, dass an vielen Stellen zu großzügig verfahren wird. Durch Verbesserung in der Organisation könnte vieles eingespart werden.

Wir sind gespannt auf den Rechnungsprüfungsbericht 2008!

Rede zur Sitzungsdrucksache 2009/056-00, Entlastung für das Haushaltsjahr 2007  
Ratssitzung vom 27.4.2009

RM Dr. Jakob